

Antragsteller
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksachen-Nr.

6268/2004-2009

Datum:

16.12.2008

Herrn
Oberbürgermeister David

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Rat der Stadt Bielefeld	18.12.2008	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Naturschutz für die Johannisbachaue

(Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2008)

Beschlussvorschlag:

1. Auf der Grundlage des einstimmigen Ratsbeschlusses vom 27. 10. 2005 (Drs. 1371), mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, ein Gesamtnutzungs- und Schutzkonzept für den Obersee und die Johannisbachaue zu entwickeln und den politischen Gremien jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen, beauftragt der Rat heute die Verwaltung, Teile der Johannisbachaue unter Naturschutz zu stellen und die dafür erforderlichen Verfahren vorzubereiten.
2. Für den Bereich zwischen Viadukt und dem Hof Wehmeier, in dem sich u. a. der Mäander des Johannisbaches befindet und der als schutzwürdiges Biotop des Landes NRW bestimmt ist, soll die höhere Stufe des Naturschutzes zum Erhalt dieses Naturraumes beitragen. Unter Berücksichtigung des Beweidungsprojektes sind die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.
3. Für den Bereich vom Hof Jerrendorf bis Brake, Grafenheider Str., Herforder Str. gilt es, die vorhandenen ökologischen Potentiale durch eine Festsetzung als Naturschutzgebiet weiterzuentwickeln. Dabei sind allerdings die räumlichen Grenzen und die damit verbundenen Entwicklungen zu beachten:
 - die Trassenfestlegung für die neue Grafenheider Straße mit entsprechenden Abständen;
 - der Trassenverlauf zur Herforder Straße mit den Optionen für die Anlieger, im Rahmen des geltenden Baurechts neue Gebäude auf ihren Grundstücken talwärts bauen zu können;
 - die Beschlüsse zur ökologischen, freizeitgemäßen und anwohnerverträglichen Entwicklung der Flächen der Spülpolder;

- die Nutzung des Areals an der Herforder Str. – Ecke Talbrückenstr. für kommerzielle aber auenverträgliche Freizeitnutzungen und
- die gefassten Beschlüsse zum Wegekonzept und den ökologisch-freizeitorientierten Nutzungsmöglichkeiten der Auenlandschaft.

4. Die Verfahren zur Änderung des Landschaftsplanes Ost und zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes sind einzuleiten.

Begründung:

erfolgt mündlich

Unterschrift:

gez. Dr. Inge Schulze
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Pit Clausen
SPD